

An die Bewilligungsstelle (Anschrift):	Ort	
	Datum	
Bei kommunalen Körperschaften über die Rechtsaufsichtsbehörde an die Bewilligungsstelle (Anschrift):	Telefon	
	Unser Zeichen	

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)

1 Antragsteller

Kontaktdaten des Antragstellers	
Name, Bezeichnung, Rechtsform	
Anschrift (Straße, Postleitzahl, Ort)	
Landkreis	
Regierungsbezirk	
Region	
Wahlkreis	
Ansprechpartner/Ansprechpartnerin (Name, Telefon, E-Mail)	
Bankverbindung:	IBAN:
Kreditinstitut:	BIC:

2 Allgemeine Angaben zum Fördervorhaben

<p>Bei Zugehörigkeiten zu Großvorhaben (nachrichtlich):</p> <p>Bezeichnung des Großvorhabens, falls verschiedene Teilvorhaben separat beantragt werden</p>	
Bezeichnung des Fördervorhabens	
Vorhabenschlüssel/Förderkennzeichen	
Gemeindekennziffer	
Postleitzahl, Ort	
Wahlkreisnummer/-bezeichnung	
<p>Nur bei Fördervorhaben, die nicht § 2 Absatz 3 GVFG (Grunderneuerung) betreffen, ankreuzen:</p> <p>Baurecht liegt vor</p> <p><input type="checkbox"/> ja, seit:</p> <p><input type="checkbox"/> nein, wird erwartet bis:</p> <p>Wenn Sie diese Frage mit „ja“ beantwortet haben, sollten Sie diesem Antrag den Bescheid beifügen, vergleiche Ziffer 13. Wenn Sie diese Frage mit „nein“ beantwortet haben, sollte ein Hinweis zum Verfahrensstand im Erläuterungsbericht erfolgen.</p>	
Baubeginn (geplant)	
Inbetriebnahme (voraussichtlich)	
<p>Es handelt sich um ein</p> <p><input type="checkbox"/> Kommunales Vorhaben</p> <p><input type="checkbox"/> Vorhaben, das ein Dritter für eine DB-Strecke beantragt</p> <p><input type="checkbox"/> Vorhaben von nichtbundeseigenen Eisenbahnen</p>	

<input type="checkbox"/> Vorhaben eines kommunalen Verkehrsunternehmens.	
Bei kommunalen Vorhaben: Es handelt sich um ein Vorhaben nach <input type="checkbox"/> AEG/EBO <input type="checkbox"/> PBefG/BOStrab	
HOAI-Leistungsphase (bezogen auf die NKU)	
Kurzinformationen zur Standardisierten Bewertung (NKU)- außer bei Vorhaben der Grunderneuerung (vergleiche §§ 2 Absatz 3 GVFG; 3 Nr. 1c S. 2 GVFG)	
Datum der NKU	
Nutzen-Kosten-Indikator (NKI) <input type="checkbox"/> des Fördervorhabens: <input type="checkbox"/> des Großvorhabens:	
Verfahrensversion (Jahr)	
Preisstand der Investitionskosten (Jahr)	

3 Förderfähige Vorhaben nach § 2 GVFG

Bitte gewünschte Förderung ankreuzen. Stützt sich der Antrag nur auf einen Fördertatbestand, ist nur dieses Antragsformular ohne Anlagen auszufüllen. Bei mehreren Fördertatbeständen ist dieses Antragsformular als Mantelbogen gesamthaft auszufüllen sowie je Fördertatbestand eine beizufügende Anlage.

<input type="checkbox"/> Nach § 2 Absatz 1 Nr. 1 GVFG (Anlage 1): <input type="checkbox"/> § 2 Absatz 1 Nr. 1 a GVFG <input type="checkbox"/> § 2 Absatz 1 Nr. 1 b GVFG <input type="checkbox"/> § 2 Absatz 1 Nr. 1 c GVFG <input type="checkbox"/> Nach § 2 Absatz 1 Nr. 2 GVFG (Anlage 2)

Nach § 2 Absatz 1 Nr. 3 GVFG (Anlage 3)

Nach § 2 Absatz 2 GVFG:

§ 2 Absatz 2 Nr. 1 GVFG (Anlage 4)

§ 2 Absatz 2 Nr. 2 GVFG (Anlage 5)

Nach § 2 Absatz 3 GVFG:

§ 2 Absatz 3 Nr. 1 GVFG (Anlage 6)

§ 2 Absatz 3 Nr. 2 GVFG (Anlage 7)

4 Voraussetzungen an die Förderung nach dem GVFG

Bitte ankreuzen, sofern die Voraussetzungen gemäß § 3 GVFG erfüllt sind. Im gesonderten Erläuterungsbericht (siehe Anforderungen dazu in Ziffer 10.1) sollten diese Aussagen enthalten sein. Bitte geben Sie bereits hier die entsprechende Fundstelle im Erläuterungsbericht an.

<input type="checkbox"/>	Das Vorhaben ist nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend erforderlich und die Ziele der Raumordnung und Landesplanung werden berücksichtigt (vergleiche § 3 Nr. 1a GVFG). Fundstelle (z.B. entsprechende Seite im Erläuterungsbericht):
<input type="checkbox"/>	Das Vorhaben ist in einem Nahverkehrsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan vorgesehen (vergleiche § 3 Nr. 1b GVFG). Fundstelle (z.B. entsprechende Seite im Erläuterungsbericht):

<input type="checkbox"/>	<p>Das Vorhaben ist bau- und verkehrstechnisch einwandfrei und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant (vergleiche § 3 Nr. 1c GVFG).</p> <p>Fundstelle (z.B. entsprechende Seite im Erläuterungsbericht):</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Das Vorhaben berücksichtigt die Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung und entspricht den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend (vergleiche § 3 Nr. 1d GVFG). Die zuständigen Behindertenbeauftragten, Behindertenbeiräte bzw. die entsprechenden Verbände im Sinne des § 5 Behindertengleichstellungsgesetzes wurden angehört.</p> <p>Fundstelle (z.B. entsprechende Seite im Erläuterungsbericht):</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Die übrige Finanzierung des Vorhabens oder eines Bauabschnittes des Vorhabens mit eigener Verkehrsbedeutung ist gewährleistet (vergleiche § 3 Nr. 2 GVFG; nach Ziffer 7 des Formulars).</p> <p>Fundstelle (z.B. entsprechende Seite im Erläuterungsbericht):</p>

<input type="checkbox"/>	<p>Nachweis der Wirtschaftlichkeit (in der Regel Standardisierte Bewertung bzw. Bestätigung der Aktualität einer bereits zu einem früheren Zeitpunkt eingereichten Standardisierten Bewertung.)</p> <p>Gesamtwirtschaftlicher Nachweis ist für Vorhaben nach § 2 Absatz 3 GVFG gemäß § 3 Nr. 1c S. 2 GVFG entbehrlich.</p> <p><input type="checkbox"/> Aktueller Nachweis ist beigelegt</p> <p><input type="checkbox"/> Die Maßnahme wird beantragt, wie im Wirtschaftlichkeitsnachweis unterstellt.</p> <p>Fundstelle (z.B. entsprechende Seite im Erläuterungsbericht):</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Bei einer Förderung nach § 2 Absatz 3 GVFG:</p> <p>Nachweis (bzw. Selbsterklärung des Betriebsleiters), dass die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen vollumfänglich und ordnungsgemäß durchgeführt worden sind:</p> <p><input type="checkbox"/> Bei BOStrab-Betriebsanlagen bzw. -strecken: Bestätigt durch Unterschrift und Stempel der Technischen Aufsichtsbehörde für Straßenbahnen (TAB) des Landes Baden-Württemberg.</p> <p><input type="checkbox"/> Bei nichtbundeseigene Eisenbahn-Betriebsanlagen bzw. -strecken: Bestätigt durch die Landeseisenbahnaufsicht</p>

5 Gesamtkosten des Fördervorhabens in Summe

5.1 Gesamtkosten der Maßnahme laut Kostenvoranschlag (in Mio. €)	
5.2 davon voraussichtlich zuwendungsfähige Investitionskosten (in Mio. €)	
5.2.1 davon Grunderwerbskosten (in Mio. €)	
5.2.2 davon Baukosten (in Mio. €)	

5.3. Planungskostenpauschale 10 % der Summe Grunderwerbskosten und Baukosten (5.2.1 + 5.2.2).	
5.4. davon Planungskosten (in Mio. €)	
5.5 davon voraussichtlich nicht zuwendungsfähige Investitionskosten (in Mio.€)	

6 Finanzierungsinplan des Fördervorhabens in Summe

		Betrag in Mio. €	Prozentualer Anteil der benötigten Förderung in %
6.1	Eigenmittel, Eigenleistungen		
6.1.1	davon - Grundstück		
6.1.2	davon - allgemeine Haushaltsmittel/ Finanzmittel		
6.1.3	davon - Planungskosten/ Verwaltungskosten		
6.1.4	davon – Sonstiges (andere Eigenmittel/Eigenleistungen)		
6.2	Fremdmittel (Kredite) ¹		
6.3	Mittel/Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)		
6.4	Beantragte öffentliche Zuwendungen außerhalb des GVFG von einer anderen Stelle des Landes oder von einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts (Angabe Bewilligungsstelle und Höhe der Bewilligung)		

¹ Gilt nicht für kommunale Körperschaften

6.5	Beantragte Zuwendung nach GVFG insgesamt (nach Nr. 7 des Formulars)		
	Bitte geben Sie nachfolgend die entsprechenden Fördersätze nur an, wenn der Fördersatz einheitlich ist. Wenn verschiedene Zuschusssätze in Betracht kommen (z.B. Förderung nach verschiedenen Fördertatbeständen), geben Sie diese bitte auf einem gesonderten Blatt an.		
6.6	Summe 6.1; 6.2; 6.3; 6.4; 6.5.		
6.6.1	davon GVFG mit Fördersatz %		
6.6.2	davon Landesmitteln mit Fördersatz %		

7 Beantragte Zuwendungen

Für jedes einzelne Jahr sind die beantragten Zuwendungen anzugeben. (Tabelle ggf. wegen zusätzlich erforderlicher Zeilen auf gesondertem Blatt beifügen).

Voraussichtlicher Bedarf im Jahr	Bundesmitten (Zuschuss in Tsd. Euro)	Landesmitten (Zuschuss in Tsd. Euro)	Prozentualer Anteil der gesamten benötigten Förderung in % pro Jahr
20			
20			
20			
20			
20			
20			
20			
20			

20			
20			
Summe der beantragten Zuwendung			

8 Nähere Angaben zur Bemessung der Zuwendung

Bitte gegebenenfalls gesonderte ausführliche Darstellung beifügen

Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten		
8.1	Grunderwerbskosten laut Kostenvoranschlag	
8.1.1	Hiervon sind abzusetzen: ² die darauf entfallenden Anteile aus Beiträgen Dritter: (z. B. Kostenanteile nach Kreuzungsrecht, Erschließungsbeiträge und Anschlussbeiträge)	
8.1.2	der Wert der Grundstücke und Grundstücksteile, die nicht zuwendungsfähig sind:	
8.1.3	sonstige nicht zuwendungsfähige Grundstückskosten:	
8.1.4	= insgesamt abzusetzende Grunderwerbskosten (8.1.1 + 8.1.2 + 8.1.3).	
8.1.5	= insgesamt zuwendungsfähige Grunderwerbskosten (8.1 - 8.1.4).	
8.2	Baukosten laut Kostenvoranschlag	
8.2.1	Hiervon sind abzusetzen: ³ die darauf entfallenden Anteile aus Beiträgen Dritter	
8.2.2	sonstige nicht zuwendungsfähige Kosten:	
8.2.3	Wert anfallender Stoffe oder Erlöse aus ihrer Verwertung:	
8.2.4	= insgesamt abzusetzende Baukosten (8.2.1 + 8.2.2 + 8.2.3).	
8.2.5	= insgesamt zuwendungsfähige Baukosten (8.2 – 8.2.4).	
8.3	insgesamt zuwendungsfähige Bau- und Grunderwerbskosten (8.1.5 + 8.2.5).	

²Aufschlüsselung jeweils nach besonderer Anlage

³Aufschlüsselung jeweils nach besonderer Anlage

8.4	Planungskostenpauschale 10 % der Summe von 8.3	
-----	---	--

9 Begründung

9.1	Detaillierte Beschreibung des Fördervorhabens
<input type="checkbox"/>	<p>Erläuterungsbericht:</p> <p>Notwendigkeit der Maßnahme ist in einem gesonderten Erläuterungsbericht darzustellen.</p> <p>In diesem Bericht müssen grundsätzlich folgende Kriterien erläutert werden:</p> <p>Ausgangslage und Problemstellung</p> <p>Detaillierte Beschreibung des Ziels</p> <p>Konzeption, Raumbedarf und Standort</p> <p>Zusammenhang mit anderen Maßnahmen bzw. Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren; insb. ist einzugehen auf den Zusammenhang zum Großvorhaben bzw. die Zusammenfassung gleichartiger Maßnahmen zu einem Fördervorhaben.</p> <p>Nutzen des Vorhabens (ggf. Nutzen-Kosten-Untersuchung/Standardisierte Bewertung einschließlich Kosten-Nutzen-Wert), alternative Möglichkeiten.</p> <p>Darlegung, dass das Vorhaben bau- und verkehrstechnisch einwandfrei und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist.</p> <p>Darlegung, dass das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse oder der Lärmsituation dringend erforderlich ist, die Ziele der Raumordnung beachtet und deren Grundsätze berücksichtigt worden sind.</p> <p>Darlegung, dass das Vorhaben in einem Nahverkehrsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan oder qualifizierten Fachkonzept vorgesehen oder als Lärmschutzmaßnahme in einem Lärmaktionsplan nach § 47d BIm-schG vorgesehen ist oder dass diese Voraussetzungen voraussichtlich zum Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden</p> <p>Darlegung, ob und gegebenenfalls welche Zusammenhänge zwischen dem Vorhaben des ÖPNV und städtebaulichen Vorhaben bestehen und mit welchem Ergebnis die Vorhaben aufeinander abgestimmt sind.</p>
<input type="checkbox"/>	Übersichtsplan des Vorhabens

<input type="checkbox"/>	Bei Erfordernis Darstellung des Liniennetzes, Lage-, Haltestellen-Querschnittspläne bzw. Längsschnitte.
<input type="checkbox"/>	Steckbrief zur Standardisierten Bewertung (ab Verfahrensanleitung Version 2016+).
9.2	Notwendigkeit der Zuwendung zur Finanzierung
	(ausführlich darlegen, warum das Vorhaben ohne eine Förderung nicht finanziert werden kann) unter anderem Eigenmittel, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten:

9.3	Inwieweit entspricht das Vorhaben vorhandenen Planungen?
9.3.1	<p>Überörtliche Entwicklungsplanung</p> <p><input type="checkbox"/> Landesentwicklungsplan</p> <p><input type="checkbox"/> Regionalplan</p> <p><input type="checkbox"/> Fachliche Entwicklungspläne nach § 27 des Landesplanungsgesetzes</p> <p><input type="checkbox"/> Nahverkehrsplan</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstige Fachpläne:</p>
9.3.2	<p>Örtliche Entwicklungsplanung</p> <p><input type="checkbox"/> Stadtentwicklungsplan</p> <p><input type="checkbox"/> Bauleitplan</p> <p><input type="checkbox"/> Landschaftsplan</p> <p><input type="checkbox"/> Lärmaktionsplan (§ 47d BImSchG)</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstige Fachpläne:</p>

10 Sicherstellung der finanz- und haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen

<input type="checkbox"/>	<p>Der Antragsteller versichert, dass über die gesamte Zeit der Zweckbestimmungsfrist der sachgemäße Betrieb des Vorhabens gewährleistet werden kann.</p> <p>Fundstelle (im Erläuterungsbericht):</p>
--------------------------	---

11 Erklärungen des Antragstellers

Zutreffendes unbedingt ankreuzen

<input type="checkbox"/>	Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen.
<input type="checkbox"/>	Der Antragsteller ist bezüglich der Maßnahme: nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt (Preise werden mit Umsatzsteuer/ Brutto angegeben).
<input type="checkbox"/>	zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preise werden ohne Umsatzsteuer /Netto angegeben).
<input type="checkbox"/>	Hiermit wird bestätigt, dass die übrige Finanzierung des beantragten Vorhabens in geeigneter Weise sichergestellt ist.
<input type="checkbox"/>	Bei kommunalen Antragsstellern: Die Rechtsaufsichtsbehörde wurde einbezogen.
<input type="checkbox"/>	Die zuständigen kommunalen Behindertenbeauftragten waren bei der Vorhabenplanung beteiligt. Die zuständigen Behindertenbeauftragten, Behindertenbeiräte bzw. die entsprechenden Verbände im Sinne des. § 5 Behindertengleichstellungsgesetzes wurden angehört.

<input type="checkbox"/>	<p>Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.</p> <p>Dem Antragsteller ist bekannt, dass diese Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches sind und dass er der Bewilligungsstelle alle Tatsachen, die der Bewilligung der Zuwendung entgegenstehen, unverzüglich mitzuteilen hat.</p> <p>Hinweis: Unvollständige Anträge werden zurückgesendet.</p>
Datum, Unterschrift:	

12 Anlagen

Bitte die für Ihr Vorhaben notwendigen Anlagen beifügen.

<input type="checkbox"/>	Genehmigungsplanung
<input type="checkbox"/>	Erläuterungsbericht
<input type="checkbox"/>	Übersichtsplan
<input type="checkbox"/>	aktuelle Kostenermittlung
<input type="checkbox"/>	Generalverkehrsplan oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan
<input type="checkbox"/>	Pläne (Lageplan z.B. in Maßstab 1:1000 oder 1:1500, Längsschnitt 1:1000/100 und Regelquerschnitte, Grunderwerbspläne und –verzeichnis, Darstellung besonderer Bauwerke
<input type="checkbox"/>	aktueller Bauzeitenplan
<input type="checkbox"/>	Liniennetzplan
<input type="checkbox"/>	Wirtschaftlichkeitsnachweis bzw. Verweis auf eine bereits zu einem früheren Zeitpunkt eingereichte Standardisierte Bewertung (bei Vorhaben nach § 2 Absatz 3 GVFG gemäß § 3 Nr. 1c S. 2 GVFG entbehrlich)
<input type="checkbox"/>	Steckbrief Standardisierte Bewertung 2016+
<input type="checkbox"/>	Grunderwerbsplan

<input type="checkbox"/>	Landschaftspflegerischer Begleitplan
<input type="checkbox"/>	Nur bei kommunalen Antragstellern: Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage (wenn diese der Rechtsaufsichtsbehörde und der Bewilligungsstelle nicht schon vorliegen) mittelfristige Finanzplanung
<input type="checkbox"/>	Gegebenenfalls Klimaschutzaktionsplan
<input type="checkbox"/>	Stellungnahme der zuständigen Technischen Aufsichtsbehörde
<input type="checkbox"/>	Rechtsgenehmigungen: zum Beispiel Bebauungsplan, Plangenehmigung, Planfeststellung, Baugenehmigung
<input type="checkbox"/>	Kreuzungsvereinbarung
<input type="checkbox"/>	Umweltverträglichkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	Schall- und Erschütterungsgutachten
<input type="checkbox"/>	Baugrundgutachten
<input type="checkbox"/>	2 Antragsmehrfertigungen
<input type="checkbox"/>	Gegebenenfalls separates Anlagenformular des jeweiligen Fördertatbestandes
<input type="checkbox"/>	Bestätigung Behindertenbeauftragte oder Bestätigung über die Beteiligung der entsprechenden Verbände im Sinne des § 12 Absatz 1 BGG
<input type="checkbox"/>	Bei einer Förderung nach § 2 Absatz 3 GVFG: von der Aufsichtsbehörde <u>bestätigter</u> (mit Stempel und Unterschrift) Nachweis (bzw. Selbsterklärung des Betriebsleiters), dass die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen vollumfänglich und ordnungsgemäß durchgeführt worden sind.
<input type="checkbox"/>	Sonstiges (z.B. Eisenbahnbetriebswissenschaftliche Untersuchungen EBWU):

	Folgende Genehmigungen liegen bereits vor bzw. bei ausstehenden Genehmigungen Angaben zum Verfahrensstand:
--	--

13 **Datenschutz und Datenverarbeitung**

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der vorliegenden Antragstellung ist das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg („VM“), Dorotheenstraße 8, 70173 Stuttgart, Poststelle@vm.bwl.de.

Die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/r erreichen Sie hier: datenschutz@vm.bwl.de.

Die mit der Antragstellung abgefragten personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Verwaltungsverfahrens, d.h. Antragsbearbeitung, Prüfung, ggf. Abwicklung der Förderung usw., verarbeitet. Rechtsgrundlagen hierfür sind Artikel 6 Absatz 1 e) DSGVO in Verbindung mit. § 4 LDSG-BW; Zuwendungen gemäß GVFG stellen Aufgaben im Zuständigkeitsbereich des VM dar.

Wir übermitteln die oben gemachten Angaben an weitere am Bewilligungsverfahren beteiligte Stellen. Dabei nimmt die Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW) im Auftrag des VM die fachtechnischen Prüfungen im Zusammenhang mit der Förderung von Infrastrukturinvestitionsvorhaben des ÖPNV gemäß GVFG vor und kann Sie beispielsweise zwecks fehlender Unterlagen kontaktieren. Des Weiteren erfolgt eine Weitergabe der Daten an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV). Weitere Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Betroffenenrechten gemäß DSGVO, sind unter folgendem Link abrufbar: Verlinkung zu Datenschutz.

Sie bestätigen, dass Sie von der Datenschutzinformation Kenntnis genommen haben und diese weiteren Personen, deren personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Antragstellung betroffen sein können (z.B. beim Wechsel der angegebenen Ansprechperson) zur Verfügung stellen werden. Ebenfalls nehmen Sie zur Kenntnis, dass Daten an die am Bewilligungsverfahren beteiligten anderen Stellen weitergeleitet und von diesen verarbeitet werden. Soweit das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben Daten an andere Stellen übermittelt oder von diesen übermittelt bekommt, werden bei Antragstellung sowohl das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg als auch die anderen Stellen von Ihnen von behördlichen Geheimhaltungspflichten entbunden und von Ihnen ermächtigt, diese Daten übermittelt zu bekommen.

Datum, Unterschrift (für das antragstellende Unternehmen):